

Linksextrem und linksideologisch

Stigmatisierung

durch
die
„Mitte“



Im Oktober 2019 kam es an der Universität Hamburg zu einer massiven Störung der Vorlesung des AFD-Mitbegründers Bernd Lucke durch Studierende. Wie diese Störung auch immer beurteilt werden mag, sie veranlasste den deutschen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier zu einer öffentlichen Stellungnahme. Er rief zum Respekt vor Andersdenkenden auf und meinte den Respekt für Bernd Lucke. Hamburgs Wissenschaftssenatorin Katharina Fegebank (Grüne) und die Wissenschaftsministerin Anja Karliczek (CDU) warnten vor einer Verengung des Diskurses. Was auffällt: Wer von rechter Seite attackiert wird, kann in der Regel mit solch hoheitlicher Solidarität seitens der Politik und Hochschulen nicht rechnen.

Die Sache ist komplex. Die Schwierigkeit beginnt bereits bei der Frage, was „links“ im politischen Sinne bedeutet. Zu fragen ist zudem, welche Bedeutungen den Begriffen „linksextrem“ und „linksideologisch“ zukommen. Überdies gilt es zu überlegen, aus welcher politischen – oder unpolitischen – Ecke heraus das *Labeling* geschieht. Und dann ist noch zu bedenken, aus welchen Gründen stigmatisierend markiert wird. All diese Fragen werden wir hier nicht im Detail beantworten können. So sollen unsere Gedankensplitter vielmehr

dazu aufrufen, über Dynamiken nachzudenken, die nicht selten in unschönen Polarisierungen münden.

Links im politischen Sinne?

Ein kurzes Brainstorming darüber, was alles als links gilt, führt zu einer Vielzahl von Assoziationen. Uns fallen die politischen Parteien „Die Linke“ in Deutschland und „Links“ auf der Gemeinde- und Bezirksebene in Wien ein. Rasch denken wir an unterschiedliche kommunistische und anarchistische Gruppen, aber auch

an die autonomen linken Gruppen im Kontext des Antirassismus oder des Feminismus. Links im politischen Sinne meint auch Personen, Gruppen, Communitys oder Parteien, die sich gegen rechts im politischen Sinne abgrenzen. Als „Linke“ galten in Österreich Personen zumeist jüngeren Alters, die sich Ende der 1970er Jahre gegen die Atomkraft, für Frieden und den Erhalt von Außenlandschaften einsetzten. In jüngster Zeit gelten auch Gruppen oder Communitys als links, die mit dem Begriff „Identity Politics“ und/oder

mit „Cancel Culture“ in Verbindung gebracht werden. Zu den Linken werden überdies – unabhängig von ihrer eigenen politischen Verortung – Personen gezählt, die sich gegen Diskriminierung und für Menschenrechte, Inklusion, Partizipation und plurale Demokratie einsetzen.

Wie unterschiedlich diese Gruppen und Einzelpersonen auch sein mögen, die negative Markierung als „linksideologisch“ oder „linksextrem“ ist ihnen gemeinsam. Wir befinden uns mitten in einem politischen Kampf darüber, was nach welchen Kriterien und wie gelabelt wird. Dieser Kampf um die Deutungshoheit lässt sich nur aus der Analyse bestehender Macht- und Herrschaftsverhältnisse heraus verstehen: Die jeweiligen Diskutierenden verfügen nämlich mitnichten über die gleichen Voraussetzungen – und wer über mehr Macht verfügt, ist offensichtlich.

Wir befassen uns hier nicht mit Linksextremismus und der damit verbundenen Linksideologie. Wird Linksextremismus als Begriff verwendet, um Handlungen anzuzeigen, die sich gegen die demokratische Verfassung richten und für das Ziel einer egalitären Gesellschaft de facto Gewalt in Kauf nimmt, so wäre die Sache aus unserer Perspektive einfach: Wir sind gegen Gewalt. Weder eine wörtlich noch metaphorisch gemeinte Haltung im Sinne von „Wo gehobelt wird, da fallen Späne“, wie es im diktatorischen Realsozialismus hieß, ist in unserem Sinne.

Stigmatisierung durch die „Mitte“

Wir befassen uns mit Zuschreibungen in Bezug auf Sprach-/Handlungen, die auf jene treffen, die mit Gewalt nichts zu schaffen haben. Was uns dabei interessiert, sind nicht rechtsextremistische oder rechtspopulistische Diffamierungen. Die Absichten im Korsett völkisch-

nationaler Positionen sind uns klar. Uns interessiert vielmehr das *Labeling* seitens der Personen, die sich selbst nicht als rechtsextrem und/oder rechtspopulistisch einstufen. Wir strapazieren den Begriff „Mitte“, um diese Menschen zu bezeichnen; ein Begriff, den wir zugleich einer kritischen Betrachtung unterziehen werden.

Zur Veranschaulichung, um welche Zuweisungen es dabei geht, hier drei Beispiele:

- **Schauplatz Universität:** Ein_e Professor_in spricht in einem Seminar das „N-Wort“ aus. Einige Student_innen machen sie ihn auf den rassistischen Gehalt des Begriffs aufmerksam. Die Zuschreibung an die Student_innen: Sie seien linksextrem. Nicht immer wird der Begriff direkt ausgesprochen, schwingt aber im Nicht-Gesagten häufig mit. Beispielsweise in einem offenen Brief, in dem beklagt wird: „Während wir dies von den radikalen Rechten nicht anders erwarten, breitet sich auch in unserer Kultur zunehmend eine Atmosphäre von Zensur“ aus.^[1] Dieser Brief mit dem Titel „Widerstand darf kein Dogma sein“ wurde „für mehr Liberalismus in den Debatten“ von 153 „Intellektuellen“ unterschrieben, die machtvoll den Diskurs mitbestimmen. Was bei derartigen offenen Briefen über die angeblich eingeschränkte Meinungsfreiheit auffällt: Die vermeintlichen Verursacher_innen werden sehr oft im linken Spektrum angesiedelt.

- **Schauplatz Wirtschaft:** Anfang März 2021 wurde in Deutschland der Entwurf für ein Lieferkettengesetz verabschiedet, mit dem Unternehmen verpflichtet werden, ihre Direktlieferanten auf die Einhaltung von Menschenrechtsstandards hin zu prüfen. Von mancher Seite als zu schwach kritisiert, insofern es jenen, die am Beginn der Kette stehen, weder Menschenrechte noch Menschenwürde zusichert, kritisieren andere aus der Sicht der Wirtschaft, dass der Gesetzesentwurf „linksideologisch“ sei. So fordert

der Wirtschaftsrat der CDU, dass das „Lieferkettengesetz im Bundestag gestoppt werden“ müsse und spricht von „linksideologischen Themen“, die der Entwurf beinhalten würde.^[2] Menschenrechte als linksideologische Themen?

- **Schauplatz Soziale Arbeit:** Die Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) in Hamburg erhielten im Jahr 2020 von behördlicher Seite einen Fragebogen, in dem sie Auskunft über „eine linksradikale Ausrichtung der Besucher*innen in Hamburger Jugendeinrichtungen“ geben sollten. Davor war in den Jahren 2014 und 2017 nach „rechtsradikaler sowie fundamentaler, konfrontativer islamischer oder menschenfeindlicher Ausrichtung“ gefragt worden.^[3] Irritierend ist hier die Gleichsetzung des Islamismus und Rechtsextremismus mit einer „linksradikalen Einstellung“, was die OKJA-Einrichtungen zurecht problematisierten.

Diese unterschiedlichen Beispiele haben etwas gemeinsam: Es geht um die Diffamierung von Anliegen respektive Personen, denen Antidiskriminierung und Menschenrechte ein Bedürfnis sind, als linksextrem bzw. linksideologisch. Hinter dieser Auffassung steckt nicht selten die sogenannte Hufeisentheorie. Diese Theorie teilt – mindestens seit der Weimarer Republik – die politischen Positionen auf einem Hufeisen ein, polarisiert zwischen „links und rechts gemäßigt“ sowie „links-extrem extremistisch und rechts-extrem extremistisch“ und weist die sogenannte „Mitte“ als neutral in Bezug auf Extremismus aus. Die dahinterliegende Idee: Die beiden Extremismen seien einander insbesondere durch den Einsatz von Gewalt näher als jeweils der sogenannten gemäßigten „Mitte“. So wird Linksextremismus mit Rechtsextremismus gleichgesetzt, was weder historisch – denken wir an den Nationalsozialismus – noch gegenwärtig – denken wir an die rechtsextremistische Intention, die plurale Demokratie zugunsten völkisch-nationaler Staaten

^[1] <https://bit.ly/3vUBGD8> (Stand: 13. 5. 2021).

^[2] <https://bit.ly/2RTptj9> (Stand: 13. 5. 2021).

^[3] <https://bit.ly/3uLI92W> (Stand: 13. 5. 2021).

abzuschaffen – begründbar ist. Wird eine Debatte über Rechtsextremismus geführt, so erfolgt zurzeit recht schnell der Einwurf: „Aber wir müssen auch über Linksextremismus reden.“ Hier zeigt sich das sogenannte *What-Aboutism*, ein rhetorisches Ablenkungsmanöver, in dem der Rechtsextremismus – bewusst oder unbewusst – verharmlost wird.

Schleichende Übernahme des rechten Denkens

Vergegenwärtigen wir uns an dieser Stelle das Beispiel mit dem Lieferkettengesetz. Aus wirtschaftlicher Perspektive in kapitalistischer Manier geht es um Profit und Profitmaximierung, sodass es sehr eindeutig ist, was an diesem Anliegen stört: der mögliche Profitverlust. Beim universitären Beispiel scheint die Antwort darauf nicht so einfach zu sein, warum an der Verwendung des rassistischen Ausdrucks festgehalten wird. Wenngleich Aussagen wie „Ich bin so aufgewachsen und habe immer so geredet“, „Es ist mein Lehrraum und hier darf ich sprechen, wie ich will“ oder „Man muss doch darüber diskutieren dürfen“ nicht selten dokumentiert werden, reichen sie als Erklärung nicht aus. Möglicherweise wäre die Formulierung „Ich will rassistisch sein dürfen“ deutlicher. Bleiben wir bei dieser These, so lässt sich folgender Gedanke nicht von der Hand weisen: Die Deformierung als „linksextrem“ zielt darauf hin, das Thema – und die selbstreflexive Auseinandersetzung mit ihm – vom Tisch zu wischen. Ein gelungener Streich, wäre da nicht die Nähe zu rechtsextremistischen Äußerungen, wie wir sie auch von diffamierenden Bezeichnungen wie „Gendergaga“ und „Genderideologie“ in Bezug auf Geschlechtervielfalt, Gender Mainstreaming etc. kennen. Das Problem ist nicht die Angst, in die „rechte Ecke“ gestellt zu werden. Das eigentliche Problem ist die schleichende Übernahme des rechten Denkens, ohne es zu bemerken oder bemerken zu wollen.

¹⁴⁾ The Combahee River Collective Statement 1977 by Combahee River Collective: <https://bit.ly/3tEwem9> (Stand: 13. 5. 2021).

Identitätspolitik als Handlungsstrategie gegen Diskriminierung

Im Zuge der diffamierenden Markierung oben beschriebener Gruppen und Personen als links und linksextrem wird die Rede von „linker Identitätspolitik“ und „Cancel Culture“ immer lauter.

Der Begriff Identity Politics im Zusammenhang mit den neuen sozialpolitischen Bewegungen wird auf das „Combahee River Collective“ zurückgeführt, einem Kollektiv Schwarzer, lesbischer Frauen, gegründet 1974 in Boston. Im Kampf gegen Rassismus, Sexismus/Heterosexismus und Klassismus und aufgrund ihrer Mehrfachdiskriminierung hielt das Kollektiv fest, dass sie selbst die Einzigen seien, die für ihre Rechte eintreten und gegen Diskriminierung kämpfen. Die Konzentration auf die eigene Diskriminierung sei im Konzept der Identity Politics verkörpert. Eine radikale Politik gegen Diskriminierung könne, so die Argumentation, nur aus der eigenen Identität hervorgehen.¹⁴⁾ Die Einsicht, dass der Kampf gegen Rassismus, Sexismus/Heterosexismus und Klassismus nur von jenen getragen werden muss, die selbst davon getroffen sind, führte zur Bildung von unterschiedlichen identitätspolitischen Gruppen. Diese Einsicht werden heute viele bestätigen, die von Antisemitismus, Antiromaismus/Antisintiismus, Rassismus (wie Anti-Schwarzer Rassismus, Anti-Asiatischer Rassismus, Anti-Slawischer Rassismus etc.), Ableismus, Sexismus/Heterosexismus, Homo- und Transmisoisismus, Klassismus etc. getroffen sind. Auch wenn sich mittlerweile viele, die selbst keine Diskriminierung erfahren müssen, dagegen auftreten, ist eine Veränderung struktureller Verankerungen nicht in Sicht. Mit anderen Worten: Personen, die der Dominanzgesellschaft angehören, liegt nicht viel daran, strukturelle Diskriminierung als Ineinanderwobenheit von individueller, institutioneller (inklusive rechtlicher) und kultureller diskriminierender Praxen (Czollek etc. al 2019: S. 16)

abzuschaffen. Historisch wie gegenwärtig ist es das eigene Getroffensein, das zu einem wesentlichen Teil der eigenen Identität geworden ist. Heute sind es vor allem LGBTQ und BIPOC (Black, Indigenous, People of Color), die aufbegehren. Andere von diskriminierenden Praxen getroffene Personen und soziale Gruppen (wie Roma_Romnija, Sinti_ zze, Jüdinnen_ Juden, Menschen mit Beeinträchtigungen, von Klassismus betroffene Menschen etc.) werden immer noch kaum gehört. Identitätspolitik zu betreiben, bedeutet per se noch nicht, „Cancel Culture“ zu betreiben, also Menschen, die sich diskriminierend artikuliert und/oder so gehandelt haben, systematisch zu diffamieren, bis ihre Karriere oder gar Existenzgrundlage gefährdet ist. Es bedeutet auch nicht per se, sich dem linken politischen Spektrum zuzuordnen. Mit Linksextremismus im Sinne der obigen Definition hat ein Handeln aufgrund einer eigenen Getroffenheit schon gar nichts zu tun. Damit bestreiten wir nicht die Existenz von „Cancel Culture“-Praxen, die sich in verschiedenen gesellschaftlichen Feldern wie Kunst, Kultur und Bildung (Hochschulen/Universitäten) finden und die wir nicht befürworten. Wir plädieren vielmehr dafür, dass das Eintreten für eigene Belange und Rechte nicht per se mit „Cancel Culture“ in Zusammenhang gebracht und abgetan wird.

Sich „aus der Mitte heraus“ gegen ein identitätspolitisch motiviertes Eintreten für antidiskriminierende Praxen zu verwehren, bedeutet, das Faktum struktureller Diskriminierung in Kauf zu nehmen und weiter zu (re)produzieren. Dass dies keineswegs harmlos ist, zeigen die Charakteristika von Diskriminierung: die Anwendung von Gewalt, die Ausübung von Macht und Erzeugung von Machtlosigkeit, die Durchsetzung hegemonialer Kulturvorstellungen, Praxen von Ausbeutung, Praxen von Marginalisierung und Prozesse der Exklusion (Czollek et. al 2019: S. 26f.). Diskriminierende Sprache ist „nur“ ein Ausdruck davon. Jenes Verwehren der „Mitte“ bedeutet aber auch, zu verschleiern,

dass selbst identitätspolitisch gelebt, gesprochen, gehandelt, aber auch diffamiert und diskriminiert wird – nicht nur sprachlich. Angehörige einer Dominanzkultur sind in ihrem „Wir“ selbst identitätspolitisch. Als Beispiel dafür kann der Vorstoß von Wolfgang Thierse herangezogen werden, einem Urgestein der deutschen Sozialdemokratie, der sich in einem öffentlichen Statement zum Opfer der Debatten um Teilhabe stilisiert hat. Für Thierse geht die immer weiter ausdifferenzierte Forderung nach Partizipation an den verschiedenen gesellschaftlichen Feldern zu weit. Er postuliert: „Ich bin mittlerweile zum Symbol geworden für viele normale Menschen, die ihre Lebensrealität nicht mehr gespiegelt sehen in der SPD, die unsicher sind, was sie noch sagen dürfen und wie sie es sagen dürfen.“^[5] Auch eine Form von Identitätspolitik und eine Festlegung dessen, wer „normal“ ist – nur eben von, wie wir sie nennen, *Einnormalisierten*. Und aus dieser Ecke ein trauriger Höhepunkt: Die „immer skurrileren Minderheiten“ nerven.^[6]

Die Problematik von Identitätspolitik

Jeweils mit einer anderen Wirkmächtigkeit ausgestattet, basieren identitätspolitische Gruppen auf ähnlichen Mustern wie eine identitätspolitische Dominanzkultur, aber mit anderen Auswirkungen: Es ist ein Denkschema, das auf die griechische Antike, namentlich auf Aristoteles, zurückgeht und Identitätslogik genannt wird. Hier geht es um ein polarisierendes und dichotomes Denken, in dem auf der einen Seite ein positiv bewertetes „Wir“ und auf der anderen Seite ein negativ bewertetes „Ihr“ platziert wird (siehe dazu Perko 2020: S. 79–90). Damit einher gehen Prozesse des *Othering*, die eine der Grundlagen von Diskriminierung darstellen. Per se sind hier Abwertungs- und Ausgrenzungsmechanismen im Spiel. Identitätspolitische Rechtsextreme wie z. B. die

^[5] <https://bit.ly/3uLlJay> (Stand: 13. 5. 2021).

^[6] <https://bit.ly/3hnSyyc> (Stand: 13. 5. 2021).

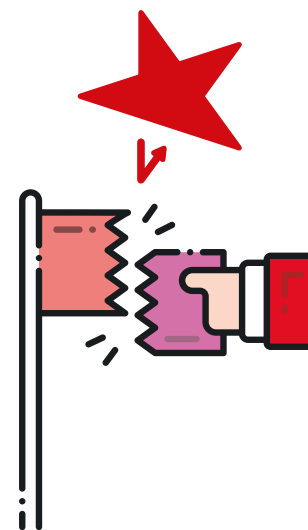
„Identitären“ spitzen das „Wir“ und „die Anderen“ im Hinblick auf ihre völkisch-nationale Ideologie zu, in der niemand mehr Platz hat als ihresgleichen. Damit können weder linke identitätspolitische Gruppen noch andere verglichen werden, deren Anliegen eine plurale Demokratie ist.

Sehen wir uns verschiedene Gruppen an, die im Sinne der Identitätspolitik agieren, so lässt sich ein Faktum nicht von der Hand weisen: Im Aufbegehren gegen jene Diskriminierung, von der die Angehörigen einer Gruppe oder Community getroffen sind, bekämpft sich so manche gegenseitig (auch „Cancel Culture“ macht zwischen ihnen nicht halt). Bündnisse sind hier nicht möglich (zu Bündnissen, siehe Czollek/Perko 2020). Ein Grund liegt im Denkschema, auf das identitätspolitisches Handeln basiert. Es verfestigt in seiner Polarisierung und bewertenden Hierarchisierung die jeweils eigenen Diskriminierungserfahrungen als die furchtbarsten. In einer Zeit, in der wir Bündnisse brauchen, um gegen jede Form von struktureller Diskriminierung aufzubegehren und um Gefahren zu begegnen, die von rechtsextremistischer, völkisch-nationaler Seite ausgehen, ist diese Dynamik nicht hilfreich. Denn im Vergleich zu Angehörigen der sogenannten Mitte, die jegliches Anliegen, gegen Praxen von Diskriminierung anzugehen, als linksextrem und linksideologisch abstempelt, sitzen wir alle im gleichen Boot, ungeachtet wer von welcher Diskriminierungsform getroffen ist.

Ausblick

In unseren Reaktionen sind wir immer noch Zaungäste. Wir müssen lernen, unsere eigenen Handlungs- und Diskursräume zu eröffnen und auszuweiten. Dazu gehört, dass wir, die durch solche Zuschreibungen weiter marginalisiert werden, uns entscheiden, im tiefsten Sinne Verbündete füreinander zu werden und unser eigentliches Anliegen anzugehen, nämlich jede Form von Diskriminierung zugunsten einer pluralen Demokratie abzuschaffen. Das geht

über Bündnisse weit hinaus. Dazu laden wir auch Personen aus der „Mitte“ ein.



Literatur

Combahee River Collective (1982): A Black Feminist Statement. In: Hull, Gloria T.; Scott, Patricia Bell; Smith, Barbara (Hrsg.): *But Some of Us Are Brave*. Black Women's Studies. Old Westbury, S. 13–22.

Czollek, Leah Carola/Perko, Gudrun/Czollek, Max/Kaszner, Corinne (2019): *Praxishandbuch Social Justice und Diversity*. Theorien, Training, Methoden, Übungen (2. überarbeitete und stark erweiterte Auflage), Weinheim/Basel.

Czollek, Leah Carola/Perko, Gudrun (2020): Ein Manifest zur konkreten Utopie Radical Diversity. In: Perko, Gudrun: *Social Justice und Radical Diversity: Veränderungs- und Handlungsstrategien*, Weinheim/Basel, Beltz/Juventa: S. 91–98.

Perko, Gudrun (2020): *Social Justice und Radical Diversity: Veränderungs- und Handlungsstrategien*, Weinheim/Basel, Beltz/Juventa.

Leah Carola Czollek ist Leiterin und Mitbegründerin des Instituts „Social Justice und Radical Diversity“.

Gudrun Perko ist Professorin für Sozialwissenschaften an der Fachhochschule Potsdam und Mitglied des Institutes „Social Justice und Radical Diversity“.

Institut Social Justice und Radical Diversity: <https://institut-social-justice.org>